Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansch, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Manfred Schwark. Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Hamburg: Wolfgang Schmidt,, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Künkler. Sport: Jürgen von Einem. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Danch. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Verlagsleiter: Rudolph Gothner, Stellvertreter: Walter Rauls. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann, Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Distanz von der Volkspartei

Es kam so, wie es kommen mußte: Die Große Koalition in Bonn war bisher alles andere als ein Lebenselexier für die Auffrischung des Verhältnisses zwischen den Gewerkschaften und der SPD. Gewerkschaftsvertreter, die gehofft hatten, nach dem Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung würden alle seit Jahren gehegten sozial- und gesellschaftspolitischen Blütenträume schnell reifen, wurden enttäuscht. Eines Besseren belehrt wurden auch die Politiker, die angenommen hatten, ein Regierungsbündnis unter maßgeblicher SPD-Beteiligung könne bei allen Reformplänen von vornherein mit gewerkschaftlicher Unterstützung rechnen.

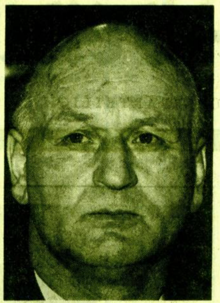
Heute wird deutlich, daß die Skepsis, mit der Sozialdemokraten und ein Teil der Gewerkschaftsfunktionäre einander begegnen, wohl selten so groß war, wie seit dem Eintritt der SPD in die Bonner Koalition. Das zeigt sich weniger bei hochoffiziellen und mit dem außerordentlichen diplomatischen Geschick eines Ludwig Rosenberg geführten Veranstaltungen der DGB-Dachorganisation, um so mehr aber bei den Konferenzen der untergeordneten Orts- und Landesverbände, wo sich gelegentlich Kräfte regen, die stark nach links außen tendieren.

Hier artikuliert sich die Kritik an der Halbherzigkeit, mit der mancher sozialdemokratische Kollege auf der Abgeordneten- oder Regierungsbank die Mitbestimmungspläne vertritt. Hier wird der Disput über die Notstandsgesetzgebung fortgeführt. Hier finden weitreichende Vorstellungen zur Deutschland- und Ostpolitik ihren Nährboden. Hier geht man mit Schillers „Konzertierter Aktion" scharf ins Gericht und tauft die von dem SPD-Wirtschaftsminister mit viel Enthusiasmus ins Leben gerufene Institution zur gemeinsamen Beratung über die Einkommensentwicklung respektlos in „Konzert der Disharmonie" um. Hier auch bringt man wenig Verständnis für die komplizierten wirtschaftstheoretischen Überlegungen des Ministers auf, der im ersten, von der Rezession gekennzeichneten Jahr seiner Regierungstätigkeit aus konjunkturellen Gründen der Steigerung der Unternehmensgewinne absoluten Vorrang einräumte, jetzt aber — im Aufschwung — wiederum aus konjunkturellen Gründen die Nachholwünsche der Arbeitnehmer nicht in vollem Umfang befriedigen kann.

Vor dem Hintergrund dieser wachsenden gewerkschaftlichen Kritik im zweiten und dritten Glied muß das Engagement der SPD beim Tauziehen um die künftige Besetzung der DGB-Spitze gesehen werden. Partei- und Fraktionsvorstand hatten dem inzwischen gestrauchelten Kandidaten für die Rosenberg-Nachfolge, Kurt Gscheidle, jede nur erdenkliche Schützenhilfe gegeben. Von den Reformen, die der SPD-Abgeordnete plant, versprach sich die Parteispitze offensichtlich eine Zügelung gerade der opponierenden unteren Gewerkschafts-Organisationen. Denn Gscheidle und seinen Freunden schwebte vor, die Landesherzöge des DGB zu Statthaltern des Bundesvorstandes zu machen. Sie sollen nicht mehr wie bisher von den Einzelgewerkschaften gewählt, sondern vom Vorstand als Bevollmächtigte ernannt und seinen Weisungen unterstellt werden. Man hätte sie damit an der Kette, und allen unliebsamen innen-, außen- und gesellschaftspolitischen Kapriolen könnte ein schnelles Ende bereitet werden.

Doch der sozialdemokratische Zuspruch war für den Kandidaten Gscheidle ebenso Gift wie der nächtliche Trunk, den er sich am Vorabend der Bundespräsidentenwahl in einer zwielichtigen Berliner Kneipe servieren ließ. Beides machte ihn bei einer Reihe führender Gewerkschaftler suspekt.

Diese Funktionärskreise halten offenbar eine allzu enge ideologische oder gar personelle Bindung der Gewerkschaftsbewegung an die Sozialdemokratie für um so weniger angebracht, je mehr sich die SPD zu einer Volkspartei mit wachsenden Regierungsambitionen entwickelt und den Mantel der Arbeiterpartei abstreift. Ob es für die Gewerkschaften allerdings sinnvoll und vor allem erfolgreich sein wird, unabhängig von dieser oder einer anderen Partei den Weg gesellschaftspolitischer Reformen zu gehen, muß sich noch erweisen. k.k.



Otto Eisenmann, Kieler Sozialminister, steht im Mittelpunkt der Kritik

Gerüchte um Eisenmann

Verquickte er Politik und Geschäft?

Eigener Bericht

fa Kiel, 11. April

Wieder steht ein Mitglied der schleswig-holsteinischen Landesregierung im Mittelpunkt der Kritik. Nach dem Rücktritt von Wirtschaftsminister Knudsen (CDU) am 21. März und der anschließenden Kabinettsumbildung wird nun Sozialminister Otto Eisenmann (FDP) vorgeworfen, sein Amt möglicherweise mit privaten Geschäften verquickt zu haben.

Der stellvertretende Regierungschef des Landes, Innenminister Dr. Schlegelberger (CDU), hat Eisenmann gestern in einem Schreiben aufgefordert, sich zu der Frage zu äußern, ob er gegen Artikel 29 der Landessatzung verstoßen habe. Der Artikel besagt: „Die Mitglieder der Landesregierung dürfen kein anderes Besoldungsamt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben . . ."

In dem Brief Schlegelbergers, der Eisenmann per Boten zugestellt wurde, wird dem Sozialminister ferner zu verstehen gegeben, es müsse damit gerechnet werden, daß Ministerpräsident Dr. Lemke (CDU) nach seiner Rückkehr aus Persien am 16. April zu den in der Öffentlichkeit gegen Eisenmann erhobenen Vorwürfen gefragt werde. Es sei deshalb notwendig, daß Eisenmann sich zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen äußere.

In Schleswig-Holstein wird die Vermutung geäußert, der Minister könnte empfohlen haben, bei der von seinem Sohn Otto in Itzehoe geführten Versicherungsagentur Policen abzuschließen. Ob ein solches Verhalten den Artikel 29 der Landessatzung berührt, ist offen.

Die Familie Eisenmann betreibt seit zehn Jahren in Itzehoe eine „General-Agentur im Versicherungsfach", die nach Angaben von Eisenmanns Frau Marianne von Anfang an von ihr geführt wird. Als Eisenmann vor zwei Jahren sein Ministeramt übernahm, wurde seine Frau persönlich haftende Gesellschafterin einer neugegründeten Kommanditgesellschaft. Ihr Mann wurde Kommanditist.

Frau Eisenmann erklärte, wenn ihr Mann zu seiner Familie nach Itzehoe komme, werde „zuerst das Geschäftliche" durchgesprochen. Im Gegensatz dazu sagte der Minister gestern, er habe seit seinem Amtsantritt als Minister „zu keiner Zeit auf die Geschäftsführung der Gesellschaft in irgendeiner Weise Einfluß genommen". Er sei als Kommanditist ohne Geschäftsführungs-Befugnisse.

Vor Bekanntwerden der gegen Eisenmann gerichteten Vorwürfe hatten bereits zwei Staatssekretäre der Kieler Landesregierung erklärt, sie seien von Amts wegen verpflichtet, Vorwürfen gegen Eisenmann nachzugehen, wenn sie öffentlich bekannt würden. Eisenmann selbst erklärte gestern weiter, er werde mit allen gebotenen Mitteln gegen die Urheber der Gerüchte vorgehen.

Einer Nachrichtenagentur gegenüber äußerte Eisenmann am Mittwoch: „Dieses geradezu penetrante Gerücht ist kolportiert worden, ohne mich vorher zu hören." Eisenmanns persönlicher Referent stellte jedoch im Gegensatz dazu fest, es sei zweimal versucht worden, von dem Minister eine Stellungnahme zu erhalten. Der Chefredakteur der „Husumer Nachrichten" erklärte, Eisenmann habe ihm auf eine Anfrage mit den Worten geantwortet: „Schreiben Sie, was Sie wollen. Der Staatsanwalt wird das Seine tun." Dann habe der Minister das Telefonat von sich aus unterbrochen.

Gestern abend betonte der Minister im Pressedienst seiner Partei: „Ich habe zu keinem Zeitpunkt gegen Artikel 29 der Landessatzung verstoßen."

Schillers „große Lösung" kaum noch vor der Wahl

Eigener Bericht

k. k. **Hamburg**, 11. April

Wirklich weitreichende Pläne zur Verbesserung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, wie sie etwa Wirtschaftsminister Schiller unter den Begriff „Große Lösung" zusammengefaßt hat, dürften in dieser Legislaturperiode kaum noch verwirklicht werden.

Diese Ansicht vertrat in Hamburg der Vorsitzende des CDU/CSU-Arbeitskreises für Haushalt, Steuer und Finanzen, Dr. Pohle. Der CDU-Finanzexperte fügte jedoch hinzu: „Wir kommen nicht umhin, uns mit diesem Thema zu Beginn der nächsten Legislaturperiode erneut zu befassen." Pohle hält die Vermögensbildung für eines der dringlichsten Probleme der künftigen Sozialpolitik. Er stellt sie in engen Zusammenhang mit der Diskussion über die Erweiterung der Mitbestimmung.

Beamte müssen warten

Von unserer Bonner Redaktion

hps. **Bonn**, 11. April

Die Bundesbeamten müssen höchstwahrscheinlich noch bis Juni auf ihre vom Parlament bereits gebilligte Gehaltserhöhung warten. Dies verlautete heute morgen aus dem Bundesfinanzministerium, wo man keine vorzeitige Auszahlungsermächtigung für die höheren Gehälter geben will.

Das Ministerium vertritt den Standpunkt, daß zunächst die Finanzreform unter Dach und Fach gebracht werden muß. Damit erst werde durch Änderung des Artikels 75 im Grundgesetz die Voraussetzung für eine Reihe neuer Rahmenvorschriften des Besoldungsrechts geschaffen.

Der Gesetzgeber hatte die Gehaltserhöhungen für Bundesbeamte, Richter im Bundesdienst und Soldaten für den 1. April 1969 beschlossen.

Eine Zuspitzung der Lage scheint unvermeidbar, nachdem andauernde Gespräche zwischen Finanz- und Innenministerium keine Fortschritte zu bringen scheinen und von der nächsten Sitzung des Vermittlungsausschusses über die Finanzreform am 21. April kaum konkrete Ergebnisse erwartet werden.

Zeit der Einstimmigkeit ist endgültig vorbei

Bezirkskonferenz der IG Metall beginnt heute

Eigener Bericht

ga. **Hamburg**, 11. April

Harte Auseinandersetzungen werden auf der Bezirkskonferenz der Industriegewerkschaft Metall, die heute in Hamburg im Gewerkschaftshaus beginnt, erwartet. 100 Delegierte, die 162 000 Mitglieder aus den vier Küstenländern vertreten, werden über den zukünftigen Kurs ihrer Gewerkschaft bestimmen.

Die jüngeren Mitglieder und kommunistisch orientierte Gewerkschaftler haben bereits in der vorigen Woche bei der Konferenz der Verwaltungsstelle Hamburg gezeigt, wie sehr sich das Klima geändert hat. Etwa 80 Prozent der Diskussionsredner übten harte Kritik. Es ging um Personen und Sachfragen. Nicht zuletzt ist die neue Situation in der Gewerkschaftsarbeit darauf zurückzuführen, daß die SPD als Regierungspartei in Bonn nicht mehr im bisher gewohnten Umfang die Forderungen der Gewerkschaft übernehmen kann. Die Kommunisten wissen die Situation zu nutzen, um die Unzufriedenheit zu schüren.

Der Bezirksleiter der IG Metall, Heinz Scholz, nimmt die Aktivität der Kommunisten nicht allzu ernst: „Sie verfügen wohl in einigen Betrieben über einen stärkeren Einfluß, aber unsere Gewerkschaftsorganisation ist nicht gefährdet. Wir werden mit diesen Außenseitern fertig."

Im Mittelpunkt der Konferenz wird nicht das politische Geplänkel, sondern die Gewerkschaftsarbeit und die Wirtschaftspolitik stehen. Die Zeiten, in denen Entschließungen, Anträge und Wahlen einstimmig „über die Bühne gingen", sind vorbei. Die jungen Gewerkschaftler sorgen für harte Diskussionen. Sie warten ungeduldig auf die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen: Mitbestimmung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Wegfall der Versicherungsgrenze für Angestellte.

Bezirksleiter Heinz Scholz wird in einem Grundsatzreferat über die Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre berichten und dabei auf die wirtschaftspolitische Aktivität, insbesondere für den Schiffbau, verweisen. (Siehe Leitartikel)

„Sirhan ist ein armer, kranker Wurm"

Deutsche Presse-Agentur

Los Angeles, 11. April

In einem emotionsgeladenen Plädoyer verteidigte gestern Anwalt Parsons in Los Angeles den Kennedy-Attentäter Sirhan. Der Anwalt schilderte den Angeklagten als einen „armen kranken Wurm", der nicht mit Vorsatz und Heimtücke auf Robert Kennedy gefeuert habe. „Was immer auch Sirhan getan habe — er ist krank", erklärte Parsons.

Weitere politische Berichte auf den Seiten 10 und 11

Neues Ordnungsrecht an den Hochschulen

Hamburg unterzeichnet neuen Staatsvertrag

Eigener Bericht

U. W. **Hamburg**, 11. April

Einschneidende Maßnahmen sollen jetzt die Ordnung an den Hochschulen aufrechterhalten. Am 1. Mai wird, nach Zustimmung durch die Bürgerschaft, in Hamburg als erstem Bundesland ein neuer Staatsvertrag inkrafttreten. Ein Student kann danach bis zu drei Jahren an allen Hochschulen des Landes vom Studium ausgeschlossen werden, wenn er gegen das Ordnungsrecht verstößt.

Der neue Staatsvertrag gilt in Hamburg für die Universität, die Staatliche Hochschule für Bildende Künste, die Staatliche Hochschule für Musik und darstellende Kunst, die Akademie für Wirtschaft und Politik und für die künftige Fachhochschule.

Gegen Mitglieder einer Hochschule können „ordnungsrechtliche Maßnahmen" getroffen werden, wenn sie „die Wahrnehmung der Aufgaben einer Hochschule beeinträchtigen oder gegen die Ordnung einer Hochschule verstoßen."

Wer also in Zukunft die Durchführung von Lehrveranstaltungen, den Forschungsbetrieb oder die Tätigkeit der Verwaltung stört und behindert, wer widerrechtlich in Räume der Hochschule eindringt, Gebäude, Räume oder Gegenstände, die der Hochschule gehören, beschädigt, wer eine strafbare Handlung begeht, die gegen Mitglieder der Hochschule oder zur Sicherung der Ordnung der Hochschule eingesetzte Personen gerichtet ist, muß mit empfindlichen Strafen rechnen.

Er kann eine mündliche Verwarnung erhalten oder einen schriftlichen Verweis bekommen. Man kann ihm die Teilnahme einzelner Lehrveranstaltungen oder die Benutzung von Einrichtungen der Hochschule für ein oder mehrere Semester versagen. Er kann bis zu drei Jahren vom Studium ausgeschlossen werden.

Über Widersprüche gegen Ordnungsmaßnahmen des Universitätspräsidenten entscheidet ein Ordnungsausschuß. Ihm gehören ein Berufsrichter als Vorsitzender, ein vom Akademischen Senat bestellter Angehöriger des Lehrkörpers und ein Student an.

Die Pressestelle der Universität erklärt zum neuen Ordnungsrecht: „Wir glauben nicht, daß man durch das Ordnungsrecht Exzesse der Vergangenheit wird auffangen können."

Der AStA der Universität sieht im neuen Ordnungsrecht „eine Aktion zur Ausschaltung oppositioneller Studenten". Er erklärt: „Die SPD ist sich bewußt, daß durch das neue Hochschulgesetz die katastrophalen Studienbedingungen nicht behoben, sondern verewigt werden. Um die eigene Schuld an diesen Zuständen zu kaschieren, versucht man, die zu erwartenden Proteste der Studenten im Keim zu ersticken."

Versöhnung zwischen Mütter und Tochter

Königin Juliana der Niederlande macht sich ein vorzeitiges Geburtstagsgeschenk (sie wird am 30. April 60 Jahre alt): Zur Zeit ist sie bei ihrer jüngsten Tochter in Kanada. Prinzessin Christine (22) studiert seit einem halben Jahr am Katholischen Konservatorium in Montreal Gesang. Schwester Stella, die Leiterin des Konservatoriums begrüßt ihre Schülerin und Königin Juliana. Der Besuch gilt als Zeichen der endgültigen Versöhnung der Königin mit der eigenwilligen Christine.

BUNTE WELT

China will verhandeln

Rotchina ist bereit, mit Kanada über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln. Wie Außenminister Sharp erklärte, werden die Gespräche in einem Monat in Stockholm beginnen.

Leuchtendes Wahrzeichen

Eine Margerite mit einem Durchmesser von 40 Metern aus 54 000 Glühbirnen ist das Wahrzeichen der diesjährigen Bundesgartenschau „Euroflor" in Dortmund. Am 25. April wird die Ausstellung eröffnet.

Bonn hilft Nigeria

Die Bundesrepublik hat im vergangenen Jahr 54,6 Millionen DM für Hilfsmaßnahmen in Nigeria und Biafra zur Verfügung gestellt. Davon stammen 24,6 Millionen DM aus Bundesmitteln und 30 Millionen DM von nichtstaatlichen Organisationen.

Anzeige

backe besser mit Gloria Mehl

500 000 Neubauwohnungen

Nach Schätzungen des Bundes-Wohnungsbauministeriums werden auch in diesem Jahr wieder mehr als 500 000 Neubauwohnungen in der Bundesrepublik bezugsfertig werden.

„Grenzprovokation"

Über eine „Grenzprovokation" besonderer Art am Ussuri berichtete das Moskauer Magazin „Krokodil": Zum Zeichen ihrer Verachtung ließen chinesische Grenzsoldaten ihre Hose herunter und zeigten den Sowjets das entblößte Hinterteil. Die Russen hielten daraufhin den Chinesen ein großes Bild Mao Tse-tungs entgegen. Blitzartig zogen die Chinesen ihre Hosen wieder hoch und verschwanden . . .

Wiener sind unzufrieden

Nach einer Meinungsumfrage der Wiener Erzdiözese sind viele Katholiken mit den Predigten ihrer Priester unzufrieden. Sie erklärten, die Reden seien „schlecht" oder „meinungslos".

Zinn erlitt Schwächeanfall

Der hessische Ministerpräsident Zinn (67) erlitt gestern einen Schwächeanfall. Er mußte in ein Hospital eingeliefert werden. Zinn befindet sich inzwischen wieder auf dem Wege der Besserung.

Auf dem Weg der Besserung: Ministerpräsident Zinn

Abkommen mit Brasilien

Ein deutsch-brasilianisches Abkommen über die deutsche Wirtschaftshilfe von 54 Millionen DM ist gestern in Rio de Janeiro unterzeichnet worden.

Das wichtigste Ereignis

Die Neuwahl des Staatsoberhauptes der Bundesrepublik war für 69 Prozent der Bevölkerung das wichtigste Ereignis der letzten Wochen. Hinter der Wahl traten, wie das Institut für angewandte Sozialwissenschaft in einer Umfrage ermittelte, der Nixon-Besuch und die DDR-Drohungen gegen Berlin zurück.

Plädoyer für Hundebesitzer

Der dänische Abgeordnete Albertsen hat den Antrag gestellt, das Recht auf Hundebesitz in der Verfassung des Landes zu verankern. Das Recht dürfe nicht nur für reinrassige Hunde gelten.

Einmalig in Europa: RICHTER-Zentrum Schenefeld

Mit der lückenlosen Garantie für sehr niedrige Barkauf-Preise
in vielen großen eigenen Hallen mit 110 Schaufenstern
die überragende Auswahl eines sehr großen Polstermöbel-Spezialhauses
und ein überwältigendes Angebot schöner Wohnschränke und Schrankwände
und eine unwahrscheinliche internationale Stilmöbel-Schau . . .

und eine Ledermöbel-Auswahl, die es kaum noch einmal gibt
und sehr viele absolut einmalige RICHTER-Angebote
und ständig Sonderangebote wie Muster- und Ausstellungsstücke
zu sehr weit herabgesetzten Preisen, oft weit unter Fabrikpreis! —
Das sollten Sie vor jedem Einkauf unbedingt vergleichen!

Unsere hervorragende Position unter den größten Spezialhäusern Europas
verdanken wir dem eingehenden Preisvergleich unzähliger Kunden! —
Weil wir in eigenen Hallen viele Millionen Barkaufumsätze erreichen,
können wir mit einer Kalkulation arbeiten,
mit der wir uns ohne Ausnahme auf jeden Preisvergleich freuen!

Um der Tradition unseres Hauses für Sonder-Leistungen zu entsprechen,
werden wir in wenigen Monaten eine noch viel größere Auswahl zeigen.
Darum haben wir durch Grundstücks-Kauf und eingeleitete Neubauten
eine Erweiterung unserer Betriebs-Flächen in Schenefeld auf 40 000 qm
Verkaufs-Räume, Lagerhallen, Parkplätze, Büros usw. vorgesehen!

RICHTER Europas großes Spezialhaus für Polstermöbel, Wohnschränke und Schrankwände
Schenefeld bei Hamburg — Lornsenstraße 125 — Ruf Hamburg 83 000 71